



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

DER AUFSTIEG CHINAS?

Eine Analyse aus Taiwan

Jyun-yi Lee, Jyh-Shyang Sheu, Christina Chen

Impressum

Herausgeber

Friedrich Naumann Foundation For Freedom
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

/stiftungfuerdiefreiheit

Autoren

Prof. Dr. Jyun-yi Lee, INDSR
Dr. Jyh-Shyang Sheu, INDSR
Prof. Dr. Christina Chen, INDSR

Redaktion

Theresa Caroline Winter
Zoë van Doren

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Februar 2023

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundstags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	5
1. TAIWAN – IM FADENKREUZ SYSTEMISCHER RIVALITÄT IM INDOPAZIFIK	6
1.1. „Lawfare“ vonseiten Chinas	6
1.2. Empfehlung an die Politik	8
2. CHINAS MILITÄRISCHES SELBSTBEWUSSTSEIN: EINE MILITÄRISCHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE BETRACHTUNG	9
2.1. Derzeitige Entwicklung und 20. Nationaler Kongress der Kommunistischen Partei Chinas	11
2.2. Empfehlung an die Politik	12
3. CHINAS SOZIOÖKONOMISCHE SITUATION: EINE SOZIALPOLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE BETRACHTUNG	14
3.1. Zunehmende wirtschaftliche und soziale Probleme in China	14
3.2. Chinesische Politik nach dem 20. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas: Richtung und Auswirkung	15
3.3. Empfehlung an die Politik	16
AUTOREN	17



Vorwort

Es ist allgemein bekannt, dass China seit der Machtübernahme von Xi Jinping in seinen auswärtigen Beziehungen selbstbewusster, um nicht zu sagen aggressiver, auftritt. Chinas Landgewinnung und Militarisierung im Südchinesischen Meer, der auf Australien und Litauen ausgeübte wirtschaftliche Druck, die „Wolfskrieger“-Diplomatie, diverse Spionagefälle, das Eindringen in Taiwans südwestliche Luftverteidigungszone (ADIZ) und Überqueren der Mittellinie der Taiwanstraße deuten darauf hin, dass das Land die bestehende regionale und internationale Ordnung verändern will. Obwohl noch darüber debattiert wird, ob China sich weiter im Aufschwung befindet oder seinen Zenit erreicht hat, scheinen sich die Kommentatoren darin einig zu sein, dass China außenpolitisch wahrscheinlich noch selbstbewusster auftreten wird. Ein China, das immer stärker zu werden glaubt, wird Xi Jinpings Aussage, dass „der Osten aufsteigt und der Westen absteigt“, untermauern und im strategischen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten (zu) selbstbewusst auftreten. Ein China, das glaubt, seinen Zenit erreicht zu haben, wird aus Angst auch dazu neigen, riskante Schritte zu unternehmen. Ob selbstbewusst oder ängstlich, die Welt erlebt ein China, das sich weniger an die bestehenden Normen und Regeln hält als noch vor zehn Jahren.¹

Was steht für den Westen auf dem Spiel, wenn ein demokratisches Taiwan nicht mehr existiert? Sollten die westlichen Demokratien Chinas Rhetorik, seiner sogenannten Lawfare und militärischen Aufrüstung mehr Beachtung schenken? In diesem Beitrag wird der Standpunkt vertreten, dass sich die westlichen Demokratien, insbesondere Europa und Deutschland, dringend mit diesen Fragen befassen müssen, um sich in der globalen politischen Arena richtig zu positionieren. Chinas falschen Narrativen zu widersprechen und eine „freie und offene Taiwanstraße“ aufrechtzuerhalten, sind nur zwei von mehreren politischen Optionen, die dem wachsenden und gefährlichen chinesischen Einfluss in der indopazifischen Region und weit darüber hinaus entgegengesetzt werden können. Die Verteidigung Taiwans ist ein Lackmustest dafür, ob die „regelbasierte internationale Ordnung“ Bestand haben kann und liegt im nationalen Interesse der westlichen Demokratien.

Die „Tyrannei der Entfernung“ spielt dabei eine entscheidende Rolle, da eine militärische Unterstützung Taiwans von Europa aus äußerst begrenzt wäre. Und dennoch gibt es Optionen für europäisches und deutsches Engagement: Die weitere militärische Präsenz in der Region, die Förderung der Track 2- bzw. 1,5-Diplomatie zwischen Taiwan und Deutschland und anderen europäischen Partnern, Kriegssimulationen und die Planung von Szenarien im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Angriffs, eine Verstärkung der Cybersicherheit und Beendigung des Technologietransfers von Deutschland nach China, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

Die sozioökonomische Entwicklung in China sollte besonders im Blick behalten werden, da sie sich unmittelbar auf die Sicherheitsrisiken auswirkt. Das Investitionsklima in China hat einen enormen Einfluss auf den Technologietransfer, insbesondere von Europa nach China, und die gegenseitigen Abhängigkeiten, was sich bereits bei politischen Entscheidungen gezeigt hat und der Art und Weise, wie westliche Demokratien Chinas Selbstbewusstsein gerne unterschätzen und geradezu die Augen davor verschließen. Ein weiterer Aspekt ist der wachsende Nationalismus und das potenzielle Schüren anti-taiwanischer Ressentiments, was angesichts des enormen sozialen Drucks in China nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte.

Nicht nur für Taiwan, sondern auch für liberale Demokratien weltweit kommt es darauf an, die von Taiwan verfolgte Abschreckungspolitik durch politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe zu unterstützen. Damit demokratische Werte und ein wertebasiertes Völkerrecht überleben können, ist es äußerst wichtig, eine auf Regeln basierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten und Chinas imperialistischer Politik Einhalt zu gebieten.

¹ Michael Beckley and Hal Brands, "The End of China's Rise: Beijing Is Running Out of Time to Remake the World," *Foreign Affairs*, October 1, 2021, <https://tinyurl.com/yckjzvn>; Oriana Skylar Mastro and Derek Scissors, "China Hasn't Reached the Peak of Its Power: Why Beijing Can Afford to Bide Its Time," *Foreign Affairs*, August 22, 2022, <https://tinyurl.com/325vkumy>.

1. Taiwan – im Fadenkreuz systemischer Rivalität im Indopazifik

Prof. Dr. Jyun-yi Lee, INDSR

Taiwan ist einer wachsenden Bedrohung durch China ausgesetzt. Obwohl sich das Zeitfenster schließt, in dem Taiwan seine Verteidigung ausbauen und den Status quo festigen kann, geht das taiwanische Verteidigungsministerium davon aus, dass die Volksbefreiungsarmee (PLA) derzeit nicht über ausreichende Fähigkeiten für eine groß angelegte Invasion verfügt. Darüber hinaus zeigt der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, dass die moderne konventionelle Kriegsführung selbst für eine Großmacht langwierig und schwierig sein kann, von den politischen und wirtschaftlichen Folgen der von der internationalen Gemeinschaft verhängten Sanktionen ganz zu schweigen. Daher würde ein in der konventionellen Verteidigung erstarktes Taiwan, welches in einer Krise oder einem Krieg wahrscheinlich internationale Unterstützung erhalten würde, China dazu veranlassen, auf so genannte „Grauzonen“-Taktiken zu setzen, d.h. auf feindliche Aktionen unterhalb der Schwelle eines Krieges, um somit ein vorteilhaftes Umfeld zu schaffen, um „einen Krieg (gegen Taiwan) zu gewinnen ohne zu kämpfen“ oder um gegebenenfalls einen bewaffneten Konflikt hervorzurufen.

1.1 „Lawfare“ vonseiten Chinas

Bei den „Grauzonen“-Taktiken in Chinas Repertoire verdient Lawfare, definiert als „die Strategie des Einsatzes – oder Missbrauchs – von Recht als Ersatz für traditionelle militärische Mittel zur Erreichung eines Kriegsziels“² besondere Beachtung. Ein wesentlicher Teil der von Xi propagierten „großen Verjüngung der chinesischen Nation“ beruht auf der Überwindung des so genannten „Jahrhunderts der Demütigung“ und der Wiedererlangung vergangenen Ruhms. Da die Abspaltung Taiwans vom chinesischen Festland als Erbe solch ungelöster historischer Probleme angesehen wird, hat die Wiedervereinigung mit Taiwan einen hohen symbolischen Stellenwert und ist ein wesentliches politisches Ziel jeder chinesischen Führung. Wie dieses Ziel erreicht wird, ist daher von Bedeutung. Wenn die Anwendung von Gewalt gegen Taiwan von den meisten Ländern der Welt als legitimer Schritt Chinas zur Wahrung seiner „Souveränität und territorialen Integrität“ akzeptiert wird, dann verringert dies die Wahrscheinlichkeit einer internationalen Intervention, vermindert den Widerstand Taiwans und stärkt somit Xis Herrschaft. Wenn hingegen die

Anwendung von Gewalt gegen Taiwan als nicht gerechtfertigt wahrgenommen wird und zu einem langwierigen und kostspieligen Krieg führt, würde das gesamte Projekt der nationalen Verjüngung ernsthaft in Gefahr geraten, und die Führung der Kommunistischen Partei Chinas in Frage gestellt werden. Da das Recht die wichtigste Legitimationsquelle ist, wird es für China zu einem entscheidenden Instrument, um die Beziehungen zu Taiwan zu definieren, bestimmte „Fakten“ in Bezug auf Taiwan zu schaffen und sich selbst Rechte und Rechtfertigungen für Gefechte in Taiwan zu gewähren.

Lawfare (falü zhan) ist neben dem öffentlichen Meinungskrieg und der psychologischen Kriegsführung einer der „drei Kriegsschauplätze“ (san zhan) der Volksbefreiungsarmee (PLA). Die „drei Kriegsschauplätze“ wurden von der PLA erstmals 2003 als Teil ihrer politischen Arbeit festgeschrieben. Lawfare bedeutet, „zu behaupten, dass die eigene Seite sich an das Gesetz hält, während die andere Seite für Gesetzesverstöße kritisiert wird und Argumente für die eigene Seite vorzubringen, auch wenn dabei gegen das Gesetz verstoßen wird.“³ Zu den eingesetzten Instrumenten zählen nationale Gesetze und das gesamte Spektrum rechtlicher Mittel, wie Gesetzgebung, Rechtsprechung, juristische Verlautbarungen, Strafverfolgung und juristische Ausbildung.⁴

Chinas Lawfare kann in drei Stufen eingeteilt werden. Auf internationaler Ebene wird damit argumentiert, dass die Aufrechterhaltung der Souveränität und der territorialen Integrität die Anwendung von Gewalt rechtfertigt. In der gemeinsamen Erklärung von Russland und China vom 4. Februar 2022, in Xi Jinpings Globaler Sicherheitsinitiative (GSI) vom 21. April desselben Jahres und in seinem Bericht an den 20. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas wurde jeweils der Versuch unternommen, China (und Russland) als Wahrer der „auf den Vereinten Nationen basierenden internationalen Ordnung“ darzustellen, was wiederum ein Konzept ist, das die regelbasierte internationale Ordnung ersetzen soll. In der GSI sind sechs Verpflichtungen enthalten:

1. Die Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit und Zusammenarbeit zur Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit.

³ Han Yanrong, „Legal Warfare: Military Legal Work's High Ground: An Interview with Chinese Politics and Law University Military Legal Research Center Special Researcher Xun Dandong,“ *Legal Daily (PRC)*, February 12, 2006.

⁴ Dean Cheng, „Winning Without Fighting: Chinese Legal Warfare,“ *Heritage Foundation Background No. 2692*, May 21, 2012, <https://www.heritage.org/asia/report/winning-without-fighting-chinese-legal-warfare>.

2. Die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und Achtung der in den verschiedenen Ländern getroffenen unabhängigen Entscheidungen im Hinblick auf die Entwicklung und Gesellschaftssysteme dieser Länder.
3. Die Beachtung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta, die Missbilligung einer Mentalität des Kalten Krieges, die Bekämpfung des Unilateralismus und Ablehnung der Gruppenpolitik und Blockkonfrontation.
4. Die Anerkennung der legitimen Sicherheitsbedürfnisse aller Länder, die Beachtung des Prinzips der kollektiven Sicherheit, die Entwicklung einer ausgewogenen, effektiven und nachhaltigen Sicherheitsarchitektur und Ablehnung des Strebens nach Sicherheit zu Lasten anderer Länder.
5. Die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Ländern durch Dialog und Konsultation, die Unterstützung aller Bemühungen, die der friedlichen Beilegung von Krisen dienen, die Ablehnung von Doppelstandards und schamlos verhängten einseitigen Sanktionen und langwierigen Gerichtsverfahren.
6. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit, sowohl in traditionellen als auch in nicht-traditionellen Bereichen, und Zusammenarbeit bei regionalen Streitigkeiten und globalen Herausforderungen, wie Terrorismus, Klimawandel, Cybersicherheit und Biosicherheit.

Im Wesentlichen wird in der GSI behauptet, dass Frieden und Sicherheit ein gemeinsames Gut aller Staaten sind (Verpflichtung eins und sechs). Dies kann durch gegenseitigen Respekt erreicht werden (Verpflichtung zwei und vier), der in der UN-Charta verankert ist (Verpflichtung drei) und durch internationale Normen unterstützt wird (Verpflichtung fünf). Auch wenn an dieser Argumentation scheinbar nichts auszusetzen ist, so werden in der GSI keine Angaben dazu gemacht, wie mit unvereinbaren Ansprüchen und Interessen umgegangen werden soll. Man denke an Chinas hoheitlichen Anspruch auf Taiwan und Russlands vermeintlich legitime Sicherheitsbedenken gegenüber der Ukraine. Die chinesischen und russischen Ansichten sind für Taiwan bzw. die Ukraine keinesfalls akzeptabel. Diese Differenzen werden niemals durch gegenseitigen Respekt oder einen Dialog und Konsultationen gelöst werden können (Verpflichtung zwei und vier). Außerdem werden die bestehenden, von den USA angeführten Sicherheitsmaßnahmen im indopazifischen Raum und in Europa in der

GSI auf eine „Mentalität des Kalten Krieges“, „Gruppenpolitik“ und „Blockkonfrontation“ reduziert. Die einzige den Ländern noch verbliebene Option scheinen die Vereinten Nationen zu sein, in denen sowohl China als auch Russland ein Veto gegen jede für sie unliebsame Resolution im UN-Sicherheitsrat einlegen können. Mit anderen Worten: Wenn China im Namen der „Souveränität und territorialen Integrität“ gewaltsam gegen Nachbarländer vorgeht, dann gibt es gemäß den Ausführungen in der GSI keine wirksame Möglichkeit, Peking abzuschrecken oder daran zu hindern. Daraus lässt sich ableiten, dass mithilfe der GSI versucht wird, „Souveränität und territoriale Integrität“ und „legitime Sicherheitsbedenken“ als Grund für die legitime Anwendung von Gewalt darzustellen.

Auf staatlicher Ebene versucht China, ausländische Interventionen zu delegitimieren, indem es den rechtlichen Status der Taiwanstraße ändert. Im August 2022 wurde berichtet, dass Offizielle der Volksbefreiungsarmee sich bei ihren US-Kollegen über die Bezeichnung der Taiwanstraße als internationales Gewässer beschwert hatten.⁵ Dem Anschein nach argumentierte China lediglich gegen die Verwendung dieses Begriffs seitens der USA mit der Begründung, dass er im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) nicht vorkommt. Abgesehen davon, dass die USA der Missachtung des Völkerrechts bezichtigt wurden, sollte der Anschein erweckt werden, dass die Taiwanstraße überwiegend in Chinas ausschließlicher Wirtschaftszone (EEZ) liegt und somit Chinas Gerichtsbarkeit unterliegt, da sie nicht zu den internationalen Gewässern zählt. Daher könnte China bestreiten, dass ausländische Militärschiffe die Meerenge unbehelligt passieren dürfen und könnte gegen ausländische Militärschiffe vorgehen, die im Namen der Freiheit der Schifffahrt Freedom of Navigation Operations (FONOPs)⁶ fahren. Es besteht zunehmend die Gefahr, dass die Taiwanstraße eines Tages zu einem chinesischen Binnengewässer wird, über das China die absolute Souveränität beansprucht.

In der Taiwanstraße führen illegale chinesische Fischkutter und Sandbagger, die in den Gewässern um Taiwans vorgelagerte Inseln agieren, zu Sicherheitsproblemen für Taiwan. Die Präsenz von Hunderten von Schiffen entlang der Inseln löst bei den Anwohnern Angst aus, und obwohl nach bisherigen Erkenntnissen keine chinesische maritime Miliz in der chinesischen Provinz Fujian stationiert ist, besteht die Sorge, dass diese Einheiten bei Bedarf abkommandiert werden können. Sie könnten Zwischenfälle hervorrufen, damit die chinesische Küstenwache oder die Marine der Volksbefreiungsarmee eingreift und die Lage eskaliert und/oder als Teil der chinesischen Streitkräfte in einer Notfallsituation eingesetzt werden. China kann die fragwürdige Identität der als zivile Fischer

5 Peter Martin, "China Alarms US With Private Warnings to Avoid Taiwan Strait," Bloomberg, June 12, 2022, <https://tinyurl.com/yc6y428k>.

6 Cf. Hu Xijin, "China stresses legal status of Taiwan Straits to deter US provocation," Global Times, June 14, 2022, <https://tinyurl.com/jckzt8b6>.

getarnten maritimen Miliz als dritte Seestreitkraft einsetzen, um somit eine Reaktion von taiwanischer Seite zu erschweren und andere Länder am Eingreifen zu hindern.

1.2 Empfehlung an die Politik

Auf Grundlage der vorgenannten Ausführungen können drei politische Empfehlungen gegeben werden:

Erstens werden demokratische Länder, insbesondere solche, die sich erst seit kurzem mit Sicherheitsüberlegungen im indopazifischen Raum befassen, dazu angeregt, eine Welt ohne ein demokratisches und autonomes Taiwan zu simulieren. Derzeit neigen viele Entscheidungsträger und maßgebliche Politiker dazu, die Unterstützung und Förderung Taiwans als Altruismus oder lediglich als Nächstenliebe zu betrachten. Eine Simulation des Tages, an dem die Welt ohne ein demokratisches Taiwan auskommen müsste, würde ihnen helfen zu begreifen, was auf dem Spiel steht und ihnen zu erkennen geben, dass die Verteidigung Taiwans ein Lackmustest für den Weiterbestand der regelbasierten internationalen Ordnung ist, was wiederum im nationalem Interesse aller Beteiligten ist.

Zweitens werden die Demokratien darin bestärkt, Chinas Lawfare öffentlich entgegenzutreten. Im Mittelpunkt von Xi Jinpings Globaler Sicherheitsinitiative steht das Bestreben, die bestehende internationale Ordnung zu relativieren. Demokratien mögen Chinas Bemühungen als bloße Rhetorik oder als Scherz abtun, wenn sie jedoch nicht unterbunden werden, besteht die Gefahr, dass Chinas Neuinterpretation des Völkerrechts von den pazifischen Inselstaaten, einigen ASEAN-Mitgliedern und Afrika übernommen wird und so eine alternative Geschichte oder Wahrheit entsteht.

Drittens sollten die EU-Mitgliedstaaten die Anwendung des Mechanismus der koordinierten maritimen Präsenz auf den Indopazifik ausweiten. Die Taiwanstraße stellt für Taiwan eine natürliche Barriere dar, welche die Volksbefreiungsarmee an einer Invasion hindert, wobei ihr Status als internationale Wasserstraße für den internationalen Handel und die Wirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Beibehaltung einer freien und offenen Taiwanstraße sollte daher im gemeinsamen Interesse der meisten Länder der Welt liegen. Das Konzept der koordinierten maritimen Präsenz ist ein Instrument, durch welches europäische Mächte als Sicherheitsgaranten fungieren.

2. Chinas militärisches Selbstbewusstsein: Eine militärische und sicherheitspolitische Betrachtung

Dr. Jyh-Shyang Sheu, INDSR

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die chinesische Volksbefreiungsarmee (PLA) zu der am schnellsten wachsenden Streitmacht der Welt entwickelt. In diesem Zeitraum wurden die Fähigkeiten der PLA in vielerlei Hinsicht verbessert, insbesondere in Bezug auf ihre Machtprojektion. Dafür dürfte die **People's Liberation Army Navy (PLAN)** [Marine der Volksbefreiungsarmee] das wichtigste und bedeutendste Beispiel sein. Nachdem der damalige Präsident Hu Jintao auf dem 18. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2012 das nationale Ziel vorgab, „China zu einer Seemacht aufzubauen“, erweiterte China die PLAN zügig von etwa 260 Schiffen auf etwa 350 Schiffe. Bei diesem Ausbau ging es nicht nur um eine Vergrößerung der Flotte, sondern auch um den Ersatz von meist veralteten Kriegsschiffen durch hochentwickelte neue Modelle.



Quelle: Von den Autoren erfasster Datensatz.

Dazu zählen circa 40 Zerstörer des „Typs Aegis“, wie z.B. die Zerstörer der **Klasse Luyang II/III** und die 10.000-Tonnen-Zerstörer der **Klasse Renhai** (ein „Kreuzer“ gemäß NATO-Klassifizierung), über 30 Fregatten der **Klasse Jiangkai I/II** und 50 Korvetten der **Klasse Jiangdao**. Durch die ehrgeizige Expansion der chinesischen Marine wurde deren Machtprojektion erheblich verbessert. Die PLAN verfügt derzeit über drei Flugzeugträger. Bei einem handelt es sich um einen restaurierten russischen Flugzeugträger des Typs Admiral Kuznetsov, der in **CV-16 Liaoning** umbenannt wurde. Die beiden anderen sind Flugzeugträger eigener Produktion: die **CV-17 Shandong**, eine Variante der Admiral Kuznetsov, die Ende 2019 eingeführt wurde, und ein vollkommen neuer Flugzeugträger vom Typ 003 **Fujian**, der 2022 in Dienst gestellt wurde und mit Katapulten ausgestattet ist. Des Weiteren verfügt China über mehrere amphibische Angriffsschiffe, wie die **Landeplattform/Docks der Klasse Yuzhao** und die **Hubschrauberlandeplätze der Klasse Yushen**.



Aufstockung von 2 auf 8 Brigaden.

Das **People's Liberation Army Navy Marine Corps (PLANMC)** [Marinekorps der Volksbefreiungsarmee] wurde von zwei auf acht Brigaden aufgestockt, einschließlich einer Luftlandbrigade und einer Brigade für Spezialeinsätze.⁷ Obwohl es den Anschein hat, dass China die Entwicklung der vergrößerten PLANMC-Brigaden fortsetzt, statt die Struktur der Streitkräfte auszubauen, könnten diese Einheiten und die zusätzlichen amphibischen Angriffsschiffe der Kommunistischen Partei Chinas neue politische Optionen zur Verteidigung oder gar Ausweitung ihrer Interessen in Übersee bieten. Bei diesen maritimen Ressourcen sollte besonderes Augenmerk auf die Flugzeugträger gerichtet werden, da sie nicht nur ein wichtiger Teil der Machtprojektion sind, sondern auch ein Symbol für den zunehmenden chinesischen Nationalismus, der durch das rasante Wirtschaftswachstum in China hervorgerufen wurde und von der Kommunistischen Partei Chinas gefördert wird.

Die Entwicklung der Marine der Volksbefreiungsarmee (PLAN) zeigt, dass aufgrund der Hochseemarine, oder im Englischen *blue-water navy*,⁸ und der Befähigung zur Machtprojektion die Durchführung von Auslandsmissionen zu einer der höchsten Prioritäten beim Ausbau des chinesischen Militärs zählt. Auch wenn Hu Jintaos Bericht auf dem 18. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas wie ein neues Signal zum Ausbau der PLAN erschienen haben mag, so war bereits seit 1997 bekannt, dass die Kommunistische Partei Chinas beabsichtigt, eine „regionale Hochseemarine“ aufzubauen. Ende der 1980-er Jahre schlug der damalige PLAN-Kommandeur Liu Huaqing bereits die Marinestrategie „Near Seas Defence“ [„Verteidigung der nahen Meere“] vor. Auch wenn das Konzept der „Verteidigung der nahen Meere“ sich auf die Verteidigung der ersten Inselkette bezog, so plante Liu auch eine dreistufige Entwicklungsstrategie für die PLAN mit dem Ziel, die Gewässer bis hin zur zweiten Inselkette und darüber hinaus sogar gegen die US Marine weltweit zu kontrollieren. Die chinesische Marinestrategie wurde bereits geändert und ist seit 2015 eine Kombination des Konzepts der „Verteidigung der nahen Meere“ und dem „Schutz der fernen Meere“. In anderen Worten, die massive Aufrüstung der PLAN beruht nicht nur auf der Notwendigkeit, Chinas gefährdete Seeverkehrswege zu schützen

⁷ Eine Brigade ist eine militärische Formation, die normalerweise drei bis sechs Bataillone umfasst. In der NATO sind standardmäßig 5.000 Soldaten/Soldatinnen in einer Brigade.

⁸ Bei einer Hochseemarine handelt es sich um eine Seestreitkraft, die in der Lage ist, weltweit in den tiefen Gewässern der Ozeane zu agieren.

und seine territorialen Ansprüche auf benachbarte Gebiete zu wahren, sondern auch auf einer von langer Hand geplanten Strategie des Konkurrenzkampfes mit den Vereinigten Staaten vor dem Hintergrund des weiter steigenden chinesischen Nationalismus. Ähnliche Änderungen im Hinblick auf die Strategie und den Ausbau sind bei der People's Liberation Army Air Force (PLAAF) [der Luftwaffe der Volksbefreiungsarmee] zu beobachten, auch wenn der Umfang des Ausbaus nicht mit dem der PLAN zu vergleichen ist. Obwohl die Idee dazu bereits in den späten 1980-er Jahren entstand, änderte sich die Strategie der PLAAF offiziell erst Ende des 20. Jahrhunderts, und zwar weg von der Fokussierung auf die territoriale Verteidigung hin zu offensiven und defensiven Einsätzen. In den letzten zwei Jahrzehnten war die Modernisierung der PLAAF nicht nur darauf fokussiert, einen modernen Luftkrieg führen zu können (z. B. elektronische Kriegsführung und Frühwarnung), sondern auch auf eine gesteigerte Fähigkeit zur Machtprojektion; und dennoch verfügte die PLAAF vor der Machtübernahme Xi Jinpings im Jahr 2012 nur über begrenzte strategische Fähigkeiten, wie Luftbetankung, Lufttransport und strategische Logistik. Für Einsätze innerhalb des riesigen chinesischen Territoriums entsprachen diese Fähigkeiten den Bedürfnissen der PLA. Aufgrund der zunehmend global ausgerichteten Interessen Chinas (einschließlich von Überseestützpunkten) und seiner äußerst harten Haltung im Hinblick auf seine territorialen Ansprüche, wie die Neun-Strich-Linie im Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan, können diese Fähigkeiten auch zur Truppenverlegung und Wahrung chinesischer Militär- und Sicherheitsinteressen genutzt werden. In den letzten Jahren wurde in chinesischen Strategiepapieren wiederholt auf die strategische Rolle der PLAAF hingewiesen, um die Ambitionen Chinas zu verdeutlichen. Die neue Generation des schweren Y-20 Transporters hat das Potenzial, ein neues mächtiges Arbeitspferd der PLAAF zu werden und deren strategische Fähigkeiten zu verbessern. Im Jahr 2022 kam die Y-20-Flotte der PLAAF unter anderem für humanitäre Hilfszwecke in Tonga zum Einsatz und für die Lieferung von Boden-Luft-Raketen des Typs FK-3 aus chinesischer Produktion an Serbien. Da die PLAAF bereits ihre Luftbetankungsmaschine vom Typ YY-20 entwickelt und eingesetzt hat, wird die Y-20-Serie wahrscheinlich das Rückgrat der sich in der Entwicklung befindlichen strategischen Luftwaffe Chinas werden.

Abgesehen von den gesteigerten Machtprojektionsfähigkeiten der chinesischen Marine und Luftwaffe lohnt sich auch ein Blick auf die Langstrecken-Abstandswaffen (SOWs), wie ballistische Raketen und Marschflugkörper. Traditionell gehören SOWs zu den wichtigsten chinesischen Anti-Access/Area Denial (A2/AD) Fähigkeiten [Gebietsverweigerungswaffen], um der Überlegenheit des US-Militärs in der Luft und zur See asymmetrisch entgegenzutreten. Diese SOWs werden zu einer ernsthaften Bedrohung für Stützpunkte, feste oder halb-

mobile Einrichtungen sowie für die kritische Infrastruktur der USA und verbündeter Streitkräfte im Gebiet der ersten Inselkette. Hinzu kommt, dass China eine spezielle Variante seiner ballistischen Dongfeng-Raketen zur Schiffsabwehr entwickelt hat, um damit die überlegenen US-amerikanischen Trägerflotten angreifen zu können. Aufgrund seiner gesteigerten A2/AD-Ressourcen könnte China nun seine verbesserten Fähigkeiten zur Machtprojektion und Langstrecken-SOWs, unabhängig von Luft-, See- oder Bodenstützpunkten, miteinander kombinieren und so die US-Streitkräfte im Gebiet der ersten Inselkette besiegen und eine Verstärkung der US-Streitkräfte von der zweiten Inselkette ausgehend verhindern.

Neben den Militärstrategischen Richtlinien⁹ ist bei der Modernisierung des chinesischen Militärs das Augenmerk auf Hightech und die Informationskriegsführung gerichtet. Daher ging es bei der PLA-Modernisierung zum Teil auch um umfangreiche Digitalisierungsmaßnahmen, die zur Ausstattung mit besseren C4ISR-Systemen (Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance and Reconnaissance) [Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Computer, Spionage, Überwachung und Aufklärung] führten, die von dem von China entwickelten Satellitennavigationssystem BeiDou unterstützt werden. Im Hinblick auf die Informationskriegsführung hat die Volksbefreiungsarmee auch ihre Fähigkeiten in den neuen Kampfbereichen der Cyber-, Weltraum- und elektronischen Kriegsführung entwickelt und modernisiert. Zusammen mit den bereits erwähnten traditionellen Waffen ermöglichen diese Fähigkeiten eine äußerst wirksame A2/AD-Kriegsführung in mehreren Bereichen.

Mittlerweile ist die Aufrüstung mit militärischer Hard- und Software für die Kommunistische Partei Chinas zu einem der wichtigsten Instrumente für ihren Machterhalt geworden. Im Verlauf des rasanten Wirtschaftswachstums und des steigenden nationalen Selbstbewusstseins hat die chinesische Führung zur Stärkung ihrer Legitimität nationalistische Parolen und politische Ziele vorgegeben, insbesondere unter Xi Jinping. Beim „Traum von einer starken Armee“ handelt es sich um eine der wichtigsten Komponenten von Xi Jinpings ideologisch-politischen Parolen vom „chinesischen Traum“. Gemäß Xis Dreistufenplan zur Modernisierung des Militärs¹⁰ sollen die grundlegenden Ziele im Jahr 2035 erreicht werden, und das Ziel, die Volksbefreiungsarmee zu einem „Militär von Weltklasse“ aufzubauen, im Jahr 2049.

Die rasante Aufrüstung des chinesischen Militärs in den letzten Jahrzehnten, der zunehmende chinesische Nationalismus und Xis aggressive Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf strittige Gebiete im Süd- und Ostchinesischen Meer, sind beunruhigend und geben Anlass zu Spekulationen, dass es in naher Zukunft zu regionalen militärischen Konflikten kommen könnte.

⁹ Ministry of National Defense of the People's Republic of China, "2004 nian zhong guo de guo fang [China's National Defense in 2004]." 27 December 2004, http://big5.www.gov.cn/gate/big5/www.gov.cn/zwgk/2005-05/27/content_1540.htm.

¹⁰ 2017 verkündete Xi Jinping auf dem 19. Nationalen Kongress der KP Chinas das Ziel, die PLA zu modernisieren. Im ersten Schritt sollte im Jahr 2020 eine grundlegende Mechanisierung erreicht werden und erhebliche Fortschritte bei der Informatisierung gemacht werden (d. h. technologische Innovation von grundlegender revolutionärer Bedeutung), wie im Weißbuch des chinesischen Verteidigungsministeriums von 2008 angekündigt. Danach sollen die gesamten chinesischen Streitkräfte bis 2035 von Grund auf modernisiert werden. Das endgültige Ziel ist der Aufbau einer erstklassigen Streitmacht bis Mitte des 21. Jahrhunderts.

2.1 Derzeitige Entwicklung und 20. Nationaler Kongress der Kommunistischen Partei Chinas

Obwohl die militärischen Fähigkeiten Chinas durch die Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee (PLA) bereits enorm gesteigert wurden, wird die PLA kontinuierlich weiter modernisiert. Derzeit und in naher Zukunft sind das US-Militär und die verbündeten Streitkräfte innerhalb der ersten Inselkette aufgrund ihrer höher entwickelten militärischen Möglichkeiten noch im Vorteil. So verfügen die chinesischen Marineflieger noch nicht über ausreichende Fähigkeiten, um die Flugzeugträger der US-Marine bei einem militärischen Konflikt anzugreifen. Ein weiteres Beispiel ist die Luftwaffe, die PLAAF: Wie bereits erwähnt, befindet sich die PLAAF im Wandel von einer defensiven Doktrin hin zu einer strategischen Luftwaffe. Obwohl die PLAAF über Hunderte von modernen Flugzeugen verfügt, von denen einige sogar auf den neuesten Stand der Technik gebracht wurden, handelt es sich bei den meisten chinesischen Kampfflugzeugen um veraltete Modelle. Kurzum, die PLA verfügt derzeit nicht über die Fähigkeiten, die für groß angelegte militärische Angriffe gegen die Vereinigten Staaten erforderlich wären. Ähnlich verhält es sich im Hinblick auf eine mögliche chinesische Invasion Taiwans – daher warnen die meisten Beobachter vor der Möglichkeit einer chinesischen Invasion Taiwans in der Zukunft und nicht vor einer unmittelbar bevorstehenden Offensive.

Das soll jedoch nicht bedeuten, dass in der Region keine konkreten Risiken bestehen oder keine unmittelbare Gefahr eines Konflikts zwischen Taiwan und China. Der noch nicht abgeschlossene Prozess der Modernisierung des chinesischen Militärs bedeutet lediglich, dass es kurzfristig nicht zu einem direkten militärischen Konflikt zwischen den USA und China kommen dürfte. Angesichts der aggressiveren und härteren Haltung Chinas in der Taiwanfrage könnte es jedoch zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen in der Taiwanstraße kommen. Ebenso könnten in naher Zukunft häufiger Grauzonen-Aktivitäten und sogar kleinere Konflikte in der Taiwanstraße auftreten.

Ein wichtiges Kriterium bei den regionalen Sicherheitsrisiken ist die mögliche Fehleinschätzung der eigenen Fähigkeiten seitens der chinesischen Führung. Ein gutes Beispiel dafür dürfte der Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 sein. Offensichtlich hat die russische Regierung die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte und der ukrainischen Verteidiger falsch eingeschätzt. Die russische Regierung hatte sich zu einer groß angelegten Invasion entschieden, obwohl das russische Militär erhebliche Schwächen aufweist. Da Xi Jinping seine politische Macht enorm gefestigt hat und in den nächsten fünf bis

zehn Jahren noch an der Macht sein dürfte, neigt der oberste Führer dazu, die militärischen Fähigkeiten Chinas oder die Absichten des Gegners falsch einzuschätzen. Diesem Aspekt muss besondere Beachtung geschenkt werden.

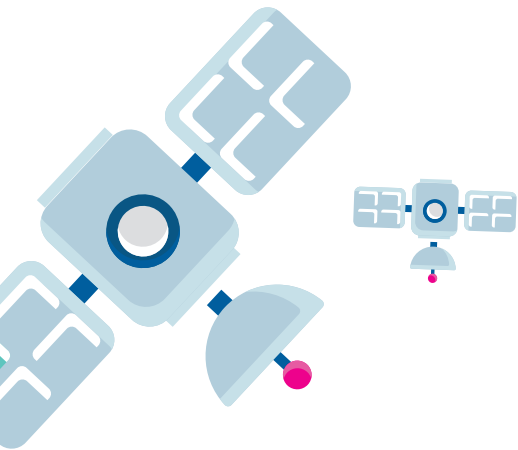
Die Ergebnisse des 20. Nationalen Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas könnten das Risiko einer derartigen Fehleinschätzung sogar erhöhen. Bei den neuen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros handelt es sich vornehmlich um Xi Jinpings engste politische Verbündete. Xi hat nun die volle Kontrolle über die Kommunistische Partei Chinas, sodass Beförderungen in die oberste Führungsebene wahrscheinlich mehr von Loyalität als von Erfahrung und Professionalität abhängen. Dieses Phänomen könnte das Risiko erhöhen, dass die chinesische Führung eine Situation falsch einschätzt.

Bei den neuen Mitgliedern des chinesischen Politbüros und der Zentralen Militärkommission (CMC) lässt sich ein ähnliches Phänomen beobachten. Die stellvertretenden Vorsitzenden beider Organe sind Mitglieder der Bodentruppen der Volksbefreiungsarmee (PLAGF).

Der erste stellvertretende Vorsitzende der CMC, General Zhang Youxia, ist ein Veteran des chinesisch-vietnamesischen Krieges; insofern ist Zhang einer der wenigen hochrangigen chinesischen Offiziere, die über Kampferfahrung verfügen, auch wenn er seine Erfahrung vor der Modernisierung der Volksbefreiungsarmee gewonnen hat. Ein weiterer stellvertretender Vorsitzender der CMC, He Weidong, ist ebenfalls General der PLAGF. Er war für gemeinsame Einsätze zuständig und führte nach dem Besuch der damaligen Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan im August 2022 groß angelegte Militärübungen durch und übte Druck auf Taiwan aus. Die meisten der übrigen Mitglieder der CMC gehören den Bodestreitkräften der Volksbefreiungsarmee (PLAGF) an oder sind Politikommissare. Die fehlende Ausgewogenheit der Vertreter der verschiedenen Streitkräfte kann für die militärische Führung von Xi zu einem Problem bei der Risikobewertung und Einschätzung der eigenen Fähigkeiten werden.

Davon abgesehen birgt die Zusammensetzung der neuen CMC-Mitglieder noch andere potenzielle Risiken:

- (1) General He Weidong und Admiral Miao Hua (politischer Kommissar, der 2014 von den Bodentruppen der Volksbefreiungsarmee (PLAGF) zur Marine der Volksbefreiungsarmee (PLAN) versetzt wurde) gelten aufgrund ihrer Diensterfahrung als Taiwan-Experten. Dies könnte dazu führen, dass die „Taiwan-Frage“ zu einem der wichtigsten militärischen Themen in Xis dritter Amtszeit wird.



- (2) Die Tatsache, dass Mitglieder der Militärkommission (CMC) Politkommissare oder Angehörige der Armee sind, deutet darauf hin, dass eine straffere interne Kontrolle des Militärs ein weiterer Schwerpunkt von Xi sein könnte. Da die neuen Mitglieder des Politbüros keinerlei Erfahrung in der Zentralregierung haben und sich die wirtschaftliche Lage in China verschlechtert, könnte dies auch bedeuten, dass im Land verschärfte Kontrollen durch das Militär durchgeführt werden.
- (3) Die fehlende Ausgewogenheit hinsichtlich der Einheiten könnte zu einem Problem bei der weiteren Modernisierung der Volksbefreiungsarmee (PLA) werden, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Marine und Luftwaffe. Die Mitglieder der Militärkommission, die der Armee angehören, könnten die Ressourcen der Bodentruppen der Volksbefreiungsarmee (PLAGF) aufstocken. Seit Xis Militärreform im Jahr 2015 macht die PLAGF weniger als 50 % der gesamten Volksbefreiungsarmee aus. Daher müssen die bei einer künftigen Reform der Volksbefreiungsarmee gesetzten Schwerpunkte besonders genau beobachtet werden. Dabei könnte sich herausstellen, dass bei der Modernisierung der PLAGF das von Xi vorgegebene Ziel verfehlt wurde oder die Modernisierung beschleunigt werden muss.

Einige Beobachter meinen, dass die Beteiligung von Experten aus der Rüstungsindustrie und dem Raumfahrtprogramm am neuen Ständigen Ausschuss des Politbüros darauf hindeutet, dass sich die Kommunistische Partei Chinas auf einen Krieg vorbereitet. In Anbetracht dessen, dass Xi im Bericht zum 20. Nationalen Kongress auf die Notwendigkeit einer schnelleren Modernisierung des Militärs hinwies und betonte, dass das Raumfahrtprogramm ein integraler Bestandteil der nationalistischen Entwicklungsziele Chinas sei, sollte diese Art der Besetzung der Führungspositionen nicht überraschen. Dennoch könnte die beschleunigte Aufrüstung des chinesischen Militärs tatsächlich ein Ziel in Xis dritter Amtszeit sein. Des Weiteren verdeutlicht die aktuelle Entwicklung neuer Raumfahrttechnologien deren Bedeutung und Potenzial, sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Aufgrund der teilweisen Abkoppelung Chinas von den globalen und westlichen Lieferketten und der Notwendigkeit, die Informationsflüsse im eigenen Land weiter zu kontrollieren, könnte China auch versuchen, neue Raumfahrttechnologien für interne Zwecke zu entwickeln.

2.2 Empfehlung an die Politik

Die „Tyrannei der Entfernung“ spielt bei politischen Empfehlungen für Deutschland und Europa eine entscheidende Rolle. Ein militärisches Eingreifen ist aufgrund der Möglichkeiten und der Entfernung äußerst unwahrscheinlich. Dennoch gibt es einige Strategien und Maßnahmen, die von Deutschland und anderen europäischen Ländern angewendet werden können, um die regionale Sicherheit zu erhöhen und Fehleinschätzungen der chinesischen Führung, die zu riskantem Verhalten führen könnten, zum Beispiel im Hinblick auf ihre Fähigkeiten, zu vermeiden.

(1) Betonung der Bedeutung des regionalen Status quo durch entsprechende Maßnahmen

In den letzten Jahren haben mehrere westliche Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, damit begonnen, ihre militärische Präsenz im indopazifischen Raum zu verstärken. Obwohl kleine maritime/luftgestützte Einheiten bei einem militärischen Konflikt keine große Rolle spielen würden, könnte die kontinuierliche militärische Präsenz der europäischen Länder, insbesondere vonseiten Deutschlands und Frankreichs, zeigen, wie wichtig die Beibehaltung des Status quo ist. Deutschland könnte gemeinsam mit anderen europäischen Ländern militärische Präsenz zeigen und somit eine stärkere Botschaft senden und die Nachhaltigkeit seines Engagements verdeutlichen.

Da Sicherheit und Integrität Taiwans derzeit weltweit in den Fokus gerückt sind, sollten Deutschland und Taiwan weiterhin in gewissem Maße interagieren. Dabei könnte es sich um umfassendere Track 2- bzw. 1,5-Gespräche zu Sicherheitsfragen handeln oder sogar um einen Austausch im Hinblick auf gemeinsame Vorhaben. Zum Beispiel könnte ein gewisser Austausch in weniger sensiblen Bereichen, wie der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe, stattfinden. Diese Art von Austausch könnte bilateral oder multilateral sein. Bei einem multilateralen Austausch könnten die vermittelten Botschaften sogar noch stärker ausfallen.

(2) Erörterung möglicher Krisenszenarien in der Taiwanstraße/der Region

Da das Risiko regionaler Konflikte in Zukunft steigen dürfte, sollte Deutschland die möglichen Szenarien der regionalen Sicherheit weiter erörtern, insbesondere im Hinblick auf Konflikte zwischen den beiden Anrainerstaaten der Taiwanstraße, einschließlich einer kompletten Invasion, einer chinesischen Blockade Taiwans oder Besetzung der Taiwan vorgelagerten Inseln. Im vergangenen Jahrzehnt war die deutsche Wirtschaft stark von China abhängig. Aufgrund der angespannten Lage ist die deutsche Wirtschaft einem hohen Risiko ausgesetzt. Die deutsche Regierung, Denkfabriken und die europäischen Nachbarn sollten sich eingehende Gedanken über diese Szenarien machen und sie erörtern. Der erste Schritt für derartige Gespräche könnte in einem Zusammenschluss deutscher und anderer europäischer Denkfabriken bestehen.

(3) Vermeidung weiterer Technologietransfers von Deutschland nach China

Der rasante Ausbau und die schnelle Modernisierung des chinesischen Militärs wurden in hohem Maße durch gestohlene westliche Dual-Use Technologien ermöglicht, und dies trotz des jahrzehntelangen Waffenembargos der EU. Die leistungsstarken deutschen MTU-Motoren sind weiterhin die wichtigsten Komponenten für die Überwassereinheit der Marine der Volksbefreiungsarmee. Daher ist es äußerst wichtig, die Exportkontrolle für sensible Dual-Use-Technologien zu verstärken. Deutschland und die EU sollten die Exportbeschränkungen im Hinblick auf die Endverbleibsdokumente verschärfen und rigorose Hintergrundprüfungen durchführen.

3. Chinas sozioökonomische Situation: Eine sozialpolitische und wirtschaftliche Betrachtung

Prof. Dr. Christina Chen, INDSR

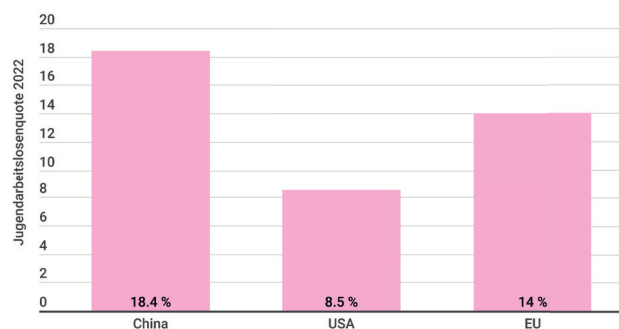
Es wird zunehmend offenkundig, dass China und Europa, einschließlich Deutschland, Systemrivalen sind. Heute ist China militärisch und wirtschaftlich viel mächtiger als vor 40 Jahren, als es sich erstmals für Marktreformen öffnete, und ist zweifellos aggressiver geworden. Das heutige China unterscheidet sich von Europa im Hinblick auf Ideologien, Institutionen und Werte. Beim 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde der Kurs bestätigt, wonach sich die Partei primär mit innenpolitischen Problemen beschäftigt und auf strikte Maßnahmen zu deren Lösung beharrt, sowie insgesamt von einer kollektiven Führung zu einer personalisierten Diktatur übergeht, wodurch die Divergenz noch vergrößert und die systemische Rivalität zwischen China und Deutschland weiter verstärkt wird.

3.1 Zunehmende wirtschaftliche und soziale Probleme in China

Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass die chinesische Wirtschaft sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Auf dem Nationalen Volkskongress im März 2022 gab Premier Li Keqiang ein BIP-Wachstumsziel von 5,5% vor, das niedrigste in 32 Jahren. Und dennoch stieg das BIP in China im zweiten Quartal 2022 offiziell nur um 0,4% und lag damit weit unter den Prognosen der Analysten, die weiterhin negative Prognosen für das chinesische Wirtschaftswachstum abgeben: Sie schätzen, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 4,4% und 2023 4,9% betragen wird.¹¹

Für die Bevölkerung wirkt sich die schwache Wirtschaft negativ auf ihre Erwerbsaussichten aus. In China lag die Arbeitslosenquote in den Jahren 2019 bis 2022 bei 4,5%, 5%, 4,8% bzw. 5,5% (September 2022). Die neuesten Zahlen weisen darauf hin, dass sich der Arbeitsmarkt nicht erholt hat und das vor-pandemische Niveau nicht erreicht wurde. Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass die Jugendarbeitslosigkeit

besonders besorgniserregend ist. Im Jahr 2022 erreichte die Jugendarbeitslosenquote den höchsten Stand seit 2018, dem Jahr, in dem die chinesische Regierung erstmals Zahlen veröffentlichte. Gemäß offizieller Statistik lag die Jugendarbeitslosenquote in den Städten (Alter 16 bis 24 Jahre) im März 2022 bei 16% und stieg im Mai auf 18,4%. Im Juli betrug die Jugendarbeitslosenquote 19,9% und lag damit über der Jugendarbeitslosenquote in der EU von 14% und der in den USA von 8,5%.¹² Der CIER-Index¹³ chinesischer Hochschulabsolventen lag im ersten Quartal 2022 bei 0,71, was bedeutet, dass die Nachfrage geringer war als das Angebot, wohingegen der nationale CIER-Index im gleichen Zeitraum bei 1,56 lag, was wiederum bedeutet, dass die Nachfrage das Angebot in Bezug auf die allgemeine Erwerbstätigkeit übersteigt.¹⁴ Viele Beobachter weisen darauf hin, dass bei einer Rekordzahl von 10,76 Millionen Hochschulabsolventen im Jahr 2022 (in dieser Zahl sind noch nicht die Studierenden berücksichtigt, die möglicherweise aus dem Ausland zurückkehren) die Jugendarbeitslosenquote im Jahr 2022 wahrscheinlich 23% beträgt.¹⁵ Die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin eine große Herausforderung für die Kommunistische Partei Chinas.



Quelle: Von den Autoren erfasster Datensatz.¹²

Die Partei war sich dieser Herausforderung sehr wohl bewusst. Am 25. Mai hielt Premier Li Keqiang eine „landesweite Telefonkonferenz zur Stabilisierung der Wirtschaft.“ Das Ausmaß der Telefonkonferenz war vollkommen neu: 100.000 Beamte und Kader nahmen daran teil, und zum ersten Mal

¹² Anhua, Ding. "Jingji toushi /neidi qingnian jiuye guanhu jin ji fazhan [An In-depth Look at the Economy-The Issue of Chinese Youth Employment and Economic Development Are Connected]. Ta Kung Pao, 31 August 2022, <http://www.takungpao.com.hk/finance/236134/2022/0831/759462.html>.

¹³ Der CIER-Index wird vom China Institute for Employment Research als Gradmesser für das Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt definiert. Ein höherer Index weist auf einen stärkeren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und eine höhere Erwerbsintensität hin. Siehe "About CIER Index," China Institute for Employment Research, <http://www.cier.org.cn/english/Info.asp?Catid=457>.

¹⁴ Chen, S., Yue, Z.J., Lu, M.J. "Beihuiyue quxibu jinti zhi dalu yuqianwan biyesheng ruhe 'shangan' [Facing canceled employment contract, going to the West, entering the public service sector...how do today's tens of millions plus college graduates land a job?]. Initium Media, June 21, 2022, <https://reurl.cc/Qba9yM>.

¹⁵ Yuan, Y., Zhao, A. "Youth Unemployment Crisis Looms Large," 21st Century China Center, <https://china.ucsd.edu/opinion/post/youth-unemployment-crisis-looms-large.html>.

waren auch Führungskräfte auf lokaler Ebene beteiligt. Während der Konferenz betonte Li Keqiang ausdrücklich die Notwendigkeit, „der wirtschaftlichen Stabilität (wen jingji) Priorität einzuräumen“ und „die Arbeitsplätze und den Lebensunterhalt der Menschen zu erhalten (bao jiuye bao minsheng)“, und wies alle Abteilungen an, „Verantwortung für die allgemeine Stabilisierung der Wirtschaft zu übernehmen und sich der Dringlichkeit stärker bewusst zu werden“ und alle möglichen Mittel zur Erreichung dieses Ziels anzuwenden.¹⁶ Seitdem wird die chinesische Regierung nicht müde, die „wirtschaftliche Stabilität“ zu betonen: Auf einer Sitzung des Staatsrats forderte Li Keqiang neulich die lokalen Regierungen auf, „die wirtschaftliche Stabilität“ zu gewährleisten und entsprechende Maßnahmen „so oft wie möglich anzuwenden und so schnell wie möglich umzusetzen“, um den Konsum und Investitionen zu steigern und sofort anwendbare Strategien zu entwickeln.

Die Kommunistische Partei Chinas steht auch vor sozialen Herausforderungen. Unter der Führung Xi Jinpings wurden von der Partei extrem strenge Kontrollen der Bevölkerung eingeführt und die Meinungsäußerung unterdrückt, wenn nicht sogar abgeschafft. Die chinesische Öffentlichkeit machte ihrem Unmut dennoch Luft als ihr klar wurde, dass ihr Lebensunterhalt stark gefährdet und ihr Überleben bedroht war. Wegen der strikten Einhaltung der so genannten „Null-Covid“-Politik verhängte die Stadtverwaltung von Shanghai von April bis Juni 2022 einen zweimonatigen Lockdown, zu einem nicht nachvollziehbaren Ausmaß. Der Lockdown mag die Ausbreitung der Pandemie zwar verhindert haben, der Wirtschaft Shanghais hat er allerdings hohen Schaden zugefügt. Die Einwohner Shanghais litten unter einer unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln und hatten Schwierigkeiten, notwendige medizinische Behandlungen zu erhalten. Die Unzufriedenheit breitete sich nicht nur in den sozialen Medien Chinas aus; einige Bewohner gingen sogar auf die Straße und protestierten. Seitdem hat die Null-Covid-Politik weiterhin für Frust und Wut in der Bevölkerung gesorgt: Ende September verunglückte ein Quarantänebus in der Provinz Guizhou. Alle 47 Fahrgäste kamen ums Leben. Der Unfall löste in den sozialen Medien große Wut und Trauer aus.¹⁷ Am 13. Oktober, wenige Tage vor Beginn des 20. Nationalen Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas, brachte ein Mann an einer Brücke in Peking zwei Transparente an und verbrannte Reifen – ein eindeutiger Protest gegen die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas (einschließlich ihrer drakonischen Covid-Politik). Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile in den sozialen Medien, und der Mann wurde als „der neue Panzermann“ (in Anspielung auf die Proteste auf dem Platz des

Himmlichen Friedens 1989) gefeiert.¹⁸ Ende Oktober gingen Hunderte von Menschen in Tibet auf die Straße, um gegen die harten Covid-Maßnahmen zu protestieren. Die Proteste fanden in der Stadt Lhasa statt, die etwa drei Monate lang abgeriegelt war.¹⁹ Ende November, gleich nach Ende des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei Chinas, kam es in allen Städten Chinas gleichzeitig zu Protesten, als die Menschen um die Opfer eines Feuers in Urumqi in der Provinz Xinjiang trauerten und gegen die strengen Covid-Maßnahmen protestierten, durch die die Tragödie in Urumqi verursacht wurde. Anfang Dezember lockerten die chinesischen Gesundheitsbehörden einige Covid-Maßnahmen und kündigten einen nationalen 10-Punkte-Plan an.²⁰ Diese Vorfälle zeigen, dass die chinesische Gesellschaft trotz eines zunehmend repressiven Staates Widerstand leistet.

3.2 Chinesische Politik nach dem 20. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas: Richtung und Auswirkung

Wie wird die Kommunistische Partei Chinas auf die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen reagieren? In Anbetracht der Ergebnisse des 20. Parteitags wird die Partei ihren derzeitigen politischen Kurs und ihre Strategien gegenüber der Gesellschaft wahrscheinlich beibehalten.

Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2012 hat Xi seine Macht durch eine Anti-Korruptionskampagne, die Einrichtung von Arbeitsgruppen und zentralen Führungsgruppen zentralisiert. 2018 wurde die Begrenzung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten aufgehoben und somit der Weg für Xis unbefristete Herrschaft geebnet. Das Ergebnis des 20. Parteitags signalisiert das Ende der kollektiven Führung der Kommunistischen Partei unter Deng Xiaoping und den Aufstieg einer personalisierten Diktatur unter Xi Jinping. Da in diesem Regime keine wirksamen Kontrollmechanismen gegenüber der Führung bestehen, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass die Partei zu extremen, rücksichtslosen Maßnahmen greifen wird.

Unter Xis Führung hat die Kommunistische Partei Chinas in den letzten Jahren den „gemeinsamen Wohlstand (gong tong fuyu)“ mit dem Ziel gefördert, die ungleiche Verteilung des Wohlstands zu verringern. Die Art und Weise, in der diese Politik von der Partei umgesetzt wurde, führte jedoch zu Verwerfungen in der Privatwirtschaft. Wie bereits erwähnt, führte

¹⁶ Wang, O. "China's Coronavirus recovery at 'critical point', says Li Keqiang, singling out five regions to carry out the economy." South China Morning Post, 8 July 2022, <https://www.scmp.com/economy/china-economy/article/3184654/chinas-coronavirus-recovery-critical-point-says-li-keqiang>.

¹⁷ Palmer, J. "Bus Crash Amplifies Zero-Covid Frustration." Foreign Policy, 21 September 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/09/21/china-bus-crash-zero-covid-frustration-xi-jinping/>.

¹⁸ Gao, F., Hwang, C., Sun, C., and Man, J., "Beijing banner protester lauded as China's new Tank Man, or 'Bridge Man.'" Radio Free Asia, 14 October 2022, <https://www.rfa.org/english/news/china/ccp-bridgeman-10142022161722.html>.

¹⁹ "China Covid: Videos emerge of rare protests in Tibet." BBC, 28 October 2022, <https://www.bbc.com/news/world-asia-china-63410339>.

²⁰ "The world changed overnight: Zero-Covid overhaul brings joy and fears in China." CNN, 9 December 2022, <https://edition.cnn.com/2022/12/08/china/china-zero-covid-relaxation-reaction-intl-hnk/index.html>

Chinas Festhalten an der Null-Covid-Politik zu Chaos. Diese beiden Beispiele zeigen, dass die extreme Machtkonzentration der Kommunistischen Partei Chinas unter Xi Jinping dazu geführt hat, dass eine Politik umgesetzt und trotz Kritik fortgesetzt wird, die weder im nationalen Interesse ist noch der öffentlichen Meinung entspricht. Die Ergebnisse des 20. Parteitags zeigen, dass Xi diese Politik fortsetzen will. Wie er in seinem Arbeitsbericht anmerkte, ist Sicherheit für die Partei und für China das höchste Ziel, dem das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung unterzuordnen sind.

Die Zusammensetzung der derzeitigen Führungsriege deutet darauf hin, dass die Repression gegenüber der Bevölkerung fortgesetzt werden. Alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros sind nicht nur Xi gegenüber loyal, sondern werden auch heftig kritisiert. Der umstrittenste Kandidat ist Li Qiang, der wahrscheinlich Premier des Staatsrats werden wird. Gemäß den Regeln der Partei müssen aufeinanderfolgende Ministerpräsidenten Erfahrung als Vizepremier des Staatsrats gesammelt haben, wobei sich Li Qiangs Erfahrung auf die des Parteisekretärs von Shanghai beschränkt. Darüber hinaus werden Li Qiangs Fähigkeiten und somit seine Chancen auf einen Platz in der Führungsriege wegen seines katastrophalen Lockdown-Managements in Shanghai in Frage gestellt. Ebenso überraschend ist die Personalie Cai Qi, der nicht so hochrangig und professionell ist wie Li Keqiang, Wang Yang und Hu Chunhua, und dessen Arbeit als Parteisekretär von Peking (Vertreibung der „einfachen Bevölkerung“, Beseitigung illegaler Gebäude und Werbetafeln entlang der Straßen und die Umstellung von Kohle auf Gas) heftig kritisiert wurde. Cai Qi scheint außerdem keinen Hehl aus seiner Abneigung und negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber zu machen: In dem geleakten Mitschnitt eines internen Treffens im Jahr 2017 sagte Cai Qi den Teilnehmern, dass die Partei „echte Messer und echte Waffen einsetzen muss, Blut an den Messern sehen muss und bereit sein muss, Gleiches mit Gleichem zu vergelten“ wenn sie mit Bürgern an der Basis zu tun hat.²¹

Li Qiang und Cai Qi erfüllen die für Positionen im Ständigen Ausschuss vorgeschriebenen Kriterien nicht, und beide waren in der Öffentlichkeit wegen ihrer knallharten Sprache und Taten äußerst unbeliebt. Die Tatsache, dass beide es an die Spitze der Partei geschafft haben, bedeutet nicht nur, dass die Loyalität seiner Untergebenen für Xi Jinping das Hauptkriterium für eine Beförderung ist, sondern auch, dass die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung von Xi sich nicht um die Bedürfnisse und Gefühle der Menschen schert und ihren harten Kurs fortsetzen und sogar noch verschärfen wird. Die Bevölkerung wird nach dem 20. Nationalen Kongress weiter unterdrückt werden.

3.3 Empfehlung an die Politik

Da die konjunkturelle Flaute in China weiter anhält und die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern von repressiven Maßnahmen und dem Widerstand der Gesellschaft gegen die staatliche Herrschaft geprägt sind, sind die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven des Landes ziemlich düster.

Für multinationale Konzerne: Veräußerung oder eine Neubewertung der Unternehmensstrategie. Das Investitionsklima in China hat sich in eine Richtung entwickelt, in der die politische Agenda der Partei von zunehmender Relevanz ist. Da die Partei dem Wirtschaftswachstum immer weniger Bedeutung beimisst, ist es unausweichlich, dass ausländische Unternehmen aufgefordert werden, sich der politischen Agenda der Partei zu fügen. Ausländische Unternehmen, die trotzdem in China Geschäfte machen wollen, sollten ihre Unternehmensplanung gründlich überdenken und Strategien entwickeln, um mit dem neuen Investitionsklima zurechtzukommen zu können.

Für politische Entscheidungsträger: Vorbereitung auf eine Eskalation in der Taiwanstraße. Da die Kommunistische Partei Chinas weiterhin mit Härte auf die verschiedenen Forderungen der Bürger reagiert, statt ihre Politik zu ändern, wirtschaftliches Wachstum zu fördern und sich um die Belange der Bevölkerung zu kümmern, wird es zu mehr Spannungen kommen. Um von den internen Problemen abzulenken, könnte die Partei nationalistische Gefühle schüren und aggressiver gegenüber Taiwan auftreten. Auch wenn die Partei nicht unbedingt beabsichtigt, in Taiwan einzumarschieren, führen solche Maßnahmen dennoch zu Spannungen in der Taiwanstraße. Daher müssen die Demokratien weltweit Taiwan dabei helfen, sein Abschreckungspotenzial durch Waffen, politische und sogar wirtschaftliche Unterstützung zu erhöhen.

²¹ Zhang Dun. "Qugan diduan renkou Cai Qi [cidao jianhong] neibu jianghua puguang [Leaked internal video footage shows Cai Qi vowing to 'see red on the knives' in order to purge 'low-end population']. The Epoch Times, 6 December 2017, <https://hk.epochtimes.com/news/2017-12-06/21874366>.

Autoren



Prof. Dr. Jyun-yi Lee

ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Nationale Sicherheitsforschung am Institute for National Defense and Security Research (INDSR) [Institut für Nationale Verteidigungs- und Sicherheitsforschung]. Er erwarb seinen BA und MA in Politikwissenschaften an der National Taiwan University und promovierte in Internationalen Beziehungen an der University of East Anglia, Norwich, Vereinigtes Königreich. Vor seiner Tätigkeit beim INDSR lehrte er an der National Chung Cheng University und war im Science and Technology Policy Research and Information Center (STPI) sowie den National Applied Research Laboratories (NARLabs) tätig. Des Weiteren war er Juniorprofessor an der Tamkang University und der National Defense University. Beim INDSR ist er seit 2018 für nicht-traditionelle Sicherheit, hybride Bedrohungen, Grauzonen-Konflikte und Lawfare zuständig. Sein Forschungsinteresse gilt außerdem der Identitätspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik kleiner Staaten sowie den nordischen Ländern und dem Baltikum.



Dr. Jyh-Shyang Sheu

ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für chinesische Politik, Militär- und Kriegsführungskonzepte am Institute for National Defense and Security Research (INDSR). Er promovierte an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Deutschland. Dr. Sheus Forschungsinteressen umfassen moderne globale Waffensysteme und deren strategische Bedeutung; die asymmetrische Kriegsführung; die Entwicklung eines globalen Kriegsführungskonzepts, das chinesisches Militär und die europäische Sicherheit.



Prof. Dr. Christina Chen

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für chinesische Politik, Militär- und Kriegsführungskonzepte am Institute for National Defense and Security Research (INDSR). Zu ihren Forschungsinteressen zählen der Schutz von Arbeitnehmerrechten, die Rechenschaftspflicht in autoritären Systemen, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, die Zivilgesellschaft, die politische Ökonomie in China und Ostasien. Des Weiteren ist sie Juniorprofessorin an der Tung-hai Universität in Taiwan.

